

# ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 7/2016

## Öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 25.07.16 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 17:30 Uhr bis 20:30 Uhr

### Teilnehmende:

Vorsitzender	Oberbürgermeister Dr. Müller		
SPD:	Stadtrat	Bühler	
	Stadtrat	Dr. Caroli	
	Stadträtin	Dreyer	
	Stadträtin	Frei	
	Stadtrat	Hirsch	
	Stadtrat	Dr. John	
	Stadtrat	Kleinschmidt	
	Stadtrat	Trahasch	
CDU:	Stadtrat	Benz	
	Stadtrat	Burger	
	Stadtrat	Dörfler	
	Stadtrat	Günther	
	Stadträtin	Rompel	
	Stadtrat	Schweickhardt	
	Stadtrat	Straubmüller	
	Stadtrat	Wille	
Freie Wähler:	Stadträtin	Deusch	
	Stadtrat	Girstl	
	Stadträtin	Llombart	
	Stadtrat	Mauch	
	Stadtrat	Schwarzwälder	
	Stadtrat	Wagenmann	
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadträtin	Granderath	
	Stadtrat	Täubert	
	Stadtrat	Vollmer	
FDP:	Stadträtin	Kmitta	bis 19:50 Uhr
	Stadtrat	Uffelmann	bis 19:50 Uhr
	Stadtrat	Volk	bis 19:50 Uhr
Linke Liste Lahr	Stadtrat	Oßwald	

beratendes Mitglied:	Erster Bürgermeister Bürgermeister Ortsvorsteher	Schöneboom Petters Fäßler
entschuldigt fehlen:	Stadträtin Stadtrat Stadträtin	Rehm Roth Waldmann
Protokollführung:	Herr	Papke
Zuhörende:	45	

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Gemeinderat beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

Oberbürgermeister Dr. Müller weist darauf hin, dass der Beratungspunkt zum Thema Bebauungsplan ALTENBERG unter Beratungs- und Beschlussangelegenheiten angesichts des großen Publikumsinteresses vorgezogen wird.

---

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

---

### I. INFORMATION

1. Umbau Knotenpunkt A5 Anschlussstelle Lahr sowie Kreisverkehrsanlage Einsteinallee / Dr. Georg Schaeffler Straße  
(mündliche Information)

Die vorgesehenen Baumaßnahmen werden von den Vertretern des Regierungspräsidiums Freiburg erläutert.

- 159/2016  
201 2. Jahresrechnung 2015 der Stadt Lahr

Mitteilung:

Der Gemeinderat nimmt die Jahresrechnung 2015 der Stadt Lahr (Kernhaushalt) nach Maßgabe der angeschlossenen Anlage „Rechenschaftsbericht der Stadt Lahr für das Rechnungsjahr 2015 Seite I, Ziffern 1 bis 5“ zur Kenntnis.

- 160/2016  
201 3. Haushalt 2016  
-Bericht über die Haushaltsentwicklung

Mitteilung:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Haushaltsentwicklung 2016.

- 197/2016  
602 4. Otto-Hahn-Realschule - Freiflächenkonzept

Mitteilung:

Das Freiflächenkonzept für die Otto-Hahn-Realschule wird zur Kenntnis genommen.

## II. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

176/2016 61	1. Bebauungsplan ALTENBERG, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss - Beratung des Entwurfs - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
----------------	--

Oberbürgermeister Dr. Müller führt in den Tagesordnungspunkt ein. Im Anschluss erfolgen nähere Erläuterungen der Fachplaner zum Verkehrskonzept und zur Detailplanung. Weiterhin erhält Herr Birk vom Investor Bauwert Gelegenheit zur Erläuterung des Vorhabens.

Im Rahmen der Aussprache wird das mit der Aufstellung des Bebauungsplans verbundene Vorhaben kontrovers diskutiert.

Stadtrat Uffelman nimmt an Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Gemeinderat beschließt:

1. Für den im beigefügten Übersichtsplan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes ALTENBERG, 1. Änderung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs vom 20.06.2016 wird gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger durchgeführt.
3. Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren geändert werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Städtebaulichen Vertrag zur Kostenübernahme mit dem Vorhabenträger abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

21	Ja-Stimme(n)
8	Nein-Stimme(n)
0	Enthaltung(en)

205/2016 OB Büro	2. Wirtschaftsregion Ortenau (WRO) - Beitragserhöhung aufgrund des Projekts „Gründung Innovation Ortenau“- GIO
---------------------	---

Die Stadträte Kmitta, Volk und Uffelman verlassen im Verlauf der Diskussion zum Tagesordnungspunkt die Sitzung.

Der Gemeinderat beschließt:

Die Stadt Lahr ist Gründungsmitglied der WRO und unterstützt deren Finanzierung mit derzeit 90 Cent/Einwohner/Jahr. Die Präsenz der WRO in der Region, überregional, in den Medien sowie das Engagement der WRO z.B.

bei Messen und Veranstaltungen wie "Politik trifft Wirtschaft" wird begrüßt und positiv eingeschätzt. Es trägt spürbar bei zu dem guten Image, das der Standort Ortenau national und international hat. Die Weiterentwicklung der Standortfaktoren, insbesondere in innovative Zukunftsfelder wie Forschung, Technologie, Bildung, Medizin und Digitalisierung bedarf eines noch stärkeren Augenmerks der WRO, die sich auch bereits entsprechend positioniert.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zum Projekt GIO folgende Stellungnahme ggü. der WRO abzugeben:

a) Die Stadt Lahr begrüßt Maßnahmen der WRO zur Förderung von Existenzgründungen im Bereich von Innovationen, insbes. der Forschung, Technologie, Bildung, Medizin und Digitalisierung.

b) Die Stadt Lahr bittet die WRO, das Konzept für das Projekt GIO zu überprüfen und mit folgender Zielsetzung verändert fortzuschreiben:

- Aufgaben und Ziele für GIO sind zu präzisieren und auf besonders innovative Gründungsbereiche zu konzentrieren.
- Doppelstrukturen zu anderen Gründungsaktivitäten, insbesondere denjenigen der IHK und der Handwerkskammer sind zu vermeiden.
- Die Finanzierung für das Projekt GIO ist dauerhaft sicherzustellen; der Finanzierungsanteil der Mitglieder, der im Konzeptentwurf für GIO mit 20 Cent/ Einwohner/Jahr angegeben ist, ist dauerhaft zu deckeln und optimalerweise durch Leistungen Dritter wieder zurückzuführen.
- Die dezentralen Möglichkeiten, Serviceleistungen von GIO in Anspruch zu nehmen, zum Beispiel durch regelmäßige Präsenz in den Großen Kreisstädten der Ortenau sind besser darzustellen und zu gewährleisten.
- Hierzu wird vorgeschlagen, als Grundlage für die Ausrichtung von GIO die in der Ortenau vorhandenen Schlüsselbranchen zu identifizieren und daraus zukunftssträchtige Bereiche für Ansiedlungen und Gründungen - auch aus dem Hochschulumfeld - abzuleiten.

2. Die Stadt Lahr lehnt eine Beitragserhöhung um 20 Cent/Einwohner/Jahr für die Finanzierung des Projektes GIO auf Basis der derzeit zur Verfügung gestellten Projektinformationen ab.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

123/2016 41	3. Freigabe einzelner Etats im Kulturhaushalt zum frühzeitigen Vertragsabschluss für die Spielzeit 2017/2018
----------------	--

Der Gemeinderat beschließt:

- 1) Amt 41 wird die Genehmigung erteilt, für die Veranstaltungsbuchungen der Spielzeit September 2017 bis Juli 2018 Künstlern/Agenturen/Firmen ab sofort verbindliche Zusagen zu erteilen. In der Folge wird hiermit Amt 41 auch die Bewirtschaftungsbefugnis für die Haushaltsstelle 1.3310.620000 (Theater- und Konzertaufwand) mit einem um

Euro 7.000,- erhöhten Zuschussbedarf von Euro 159.000,- erteilt. Dieser Beschluss umfasst auch die im betr. Unterabschnitt zugehörigen BGL-Kosten in Höhe der im Haushalt 2016 bereitgestellten Mittel.

- 2) Amt 41 wird die Genehmigung erteilt, für die nachfolgend genannten Bereiche des Kultur-Etats Künstlern/Galerien/Agenturen/Firmen ab sofort verbindliche Zusagen zu erteilen. In der Folge wird Amt 41 die Bewirtschaftungsbefugnis für diese Etat-Bereiche für den Haushalt 2017 erteilt:
  - 2.1) Kultursommer - Einzelplan 3 / UA 3661: In der im Haushalt 2016 bereitgestellten Höhe.
  - 2.2) Betriebsausgaben Kunstaussstellungen - Einzelplan 3 / UA 3210: In der im Haushalt 2016 bereitgestellten Höhe.
  - 2.3) BGL-Kosten Kunstaussstellungen/Städt. Galerie - Einzelplan 3 / UA 3210: In der im Haushalt 2016 bereitgestellten Höhe.
  - 2.4) Puppenparade Ortenau 2017 - Kosten Lahrer Festival-Beteiligung aller städtischen Veranstalter - Einzelplan 3 / UA 3310: In der im Haushalt 2016 genehmigten Höhe des Zuschussbedarfs.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

156/2016  
502

#### 4. Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Aufnahme in das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu stellen.
2. Das Lahrer Mehrgenerationenhaus ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses, das seinen Schwerpunkt in der Kernstadt hat.
3. Die Stadt Lahr sagt im Falle einer Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus während der Laufzeit vom 01.01.2017 – 31.12.2020 dem städtischen Mehrgenerationenhaus verbindlich eine Kofinanzierung in Höhe von jährlich mindestens 10.000,00 Euro zu.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

157/2016 5. Abenteuer-Spielplatz  
KiJu - Standort und städtische Unterstützung

Der Gemeinderat beschließt:

Die Hälfte der Spielplatz-Fläche auf Flurstück 26687 (Hebelpark) in Lahr-West, mit der Option auf Erweiterung der Fläche im Park, wird ab September 2016 an das Jugendwerk im Ortenaukreis e.V. zur Nutzung als Abenteuer-Spielplatz unentgeltlich verpachtet. Zur Bereitstellung der Grundausrüstung des Areals und der Erschließung mit Wasser, Abwasser und Strom gibt die Stadt dem Jugendwerk im Ortenaukreis e.V. einen Zuschuss in Höhe von 15.000,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

153/2016 6. Umbau im Gebäude des evangelischen Kindergartens Springbrunnen  
502 und im Gemeindehaus in Mietersheim zur Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe für Kinder im Alter von 2-6 Jahren

Der Gemeinderat beschließt:

1. Dem Umbau des evangelischen Kindergartens Springbrunnen in Mietersheim zur Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe für 17-20 Kinder im Alter von 2-6 Jahren wird zugestimmt.
2. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von rund 337.000,-- Euro werden im Haushalt 2017 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

194/2016 7. Erweiterung der Otto-Hahn-Realschule - Vergabe der  
602 Landschaftsbauarbeiten

Der Gemeinderat beschließt:

Die Firma Team Grün aus Elzach erhält den Auftrag zur Durchführung der Landschaftsbauarbeiten in Höhe von 314.667,51 € brutto.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

166/2016 8. Erweiterung der Otto-Hahn-Realschule zur Ganztagschule  
603 -Projektmanagementbericht Nr. 6, Juni 2016

Der Gemeinderat beschließt:

Der Projektmanagementbericht Nr.6, Stand Juni 2016 zur Erweiterung der Otto-Hahn-Realschule zur Ganztagschule wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

190/2016 9. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben - Sanierung der Umkleide-  
1. Erg. und Duschräume in der Turnhalle Theodor-Heuss-Schule  
603

Der Gemeinderat beschließt:

Der Gemeinderat der Stadt Lahr beschließt für das Haushaltsjahr 2016 gemäß § 84 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) bei der Finanzposition 1.2131.505100 (Theodor-Heuss-Schule: Maßnahmen gem. Schulsanierungsprogramm Turnhalle) überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 155.000,-- €.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt durch Einsparungen bei der Finanzposition 1.2130.505000 (Friedrichschule: Maßnahmen gem. Schulsanierungsprogramm) in Höhe von 59.000,-- € sowie durch Inanspruchnahme von Haushaltsmittel der Finanzposition 1.9100.850000 (Sonstige allg. Finanzwirtschaft -Deckungsreserve) in Höhe von ebenfalls 96.000,-- €.

Abstimmungsergebnis:  
26 Ja-Stimme(n)  
0 Nein-Stimme(n)  
1 Enthaltung(en)

189/2016 10. Max-Planck-Gymnasium - Sanierung Physikbereich /  
603 Mittelbereitstellung 2017

Der Gemeinderat beschließt:

Die für den zweiten Bauabschnitt für die Sanierung des Physikbereiches im Max-Planck-Gymnasium im Jahr 2017 in Höhe von 160.800,00 € erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Haushaltsplan 2017 einzustellen (= Mittelbindung für das Haushaltsjahr 2017).

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

165/2016 11. Stadtgeschichtliches Museum Tonofenfabrik  
603 -Projektmanagementbericht Nr. 6, Juni 2016

Der Gemeinderat beschließt:

Der Projektmanagementbericht Nr.6, Stand Juni 2016 zum Umbau und Sanierung der ehemaligen Tonofenfabrik zum neuen stadtgeschichtlichen Museum wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

203/2016 12. Zentraler Omnibusbahnhof  
603 Vergabe der Erd- und Betonarbeiten / Aufhebung der 1. Ausschreibung  
Vergabe der Zimmer- und Holzbauarbeiten / Aufhebung der 1. Ausschreibung

Der Gemeinderat beschließt:

Die Aufhebung der Ausschreibungen Erd- und Betonarbeiten sowie Zimmer- und Holzbauarbeiten für den Zentralen Omnibusbahnhof und der aktuelle Sachstand zum Projekt werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

204/2016 13. Zentraler Omnibusbahnhof  
603 - Vergabe der Erd- und Betonarbeiten  
- Vergabe der Zimmer- und Holzbauarbeiten

Der Gemeinderat beschließt:

Die Firma Meurer-Bau GmbH aus Lahr erhält den Auftrag zur Ausführung der Erd- und Betonarbeiten in Höhe von brutto 289.219,56 Euro.  
Die Firma Roland Herzog aus Friesenheim erhält den Auftrag zur Ausführung der Zimmer- und Holzbauarbeiten in Höhe von brutto 195.077,64 Euro.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

201/2016 14. Ausbau der Dinglinger-Tor-Straße - Vergabe der Erd-, Kanal- und  
605 Straßenbauarbeiten

Der Gemeinderat beschließt:

Die Fa. Lässle Straßen- und Pflasterbau in Schwanau wird auf Grund ihres Angebotes vom 19.07.2016 beauftragt, die erforderlichen Erd-, Kanal- und

Straßenbauarbeiten im Zuge des Ausbaus der Dinglinger-Tor-Straße durchzuführen.

Die Auftragssumme beträgt einschl. 19 % MwSt. 172.115,27 €.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

154/2016 61	15. Gesamtfortschreibung des Regionalplans Südlicher Oberrhein - Stellungnahme zum Entwurf im Rahmen der 2. Offenlage
----------------	--

Stadträtin Kmitta kehrt im Verlauf der Verhandlungen zum Tagesordnungspunkt in den Sitzungssaal zurück.

Der Gemeinderat beschließt:

Folgende Anregungen sind im 2. Beteiligungsverfahren gegenüber dem Regionalverband Südlicher Oberrhein vorzubringen:

1. Die Stadt Lahr begrüßt ausdrücklich, dass im Regionalplanentwurf zur 2. Anhörung im Plansatz 2.4.2.4 keine Festsetzung einer Mindestgröße bei Bauflächen innerhalb des IGP Raum Lahr erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimme(n)  
4 Nein-Stimme(n)  
0 Enthaltung(en)

Der Gemeinderat beschließt:

2. Der in der Raumnutzungskarte dargestellte Regionale Grünzug nördlich der B 36 im Bereich des sog. Dreispitzes (ca. 15 ha) ist herauszunehmen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimme(n)  
13 Nein-Stimme(n)  
0 Enthaltung(en)

Der Gemeinderat beschließt:

3. Für den Bereich des sog. Zuckerareals (ca. 15 ha) östlich des Autobahnanschlusses A 5 sind die Nutzungseinschränkungen dahingehend zu ändern, dass bei nachgewiesenem Bedarf auch vor der Realisierung des GVT neben Logistiktutzungen weitere gewerbliche Nutzungen von regionaler Bedeutung auf dieser Fläche zulässig sind, die den intermodalen Güterumschlag nicht stören. Der Plansatz 4.1.5 Abs. 2 ist entsprechend zu ändern bzw. zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimme(n)  
4 Nein-Stimme(n)  
0 Enthaltung(en)

149/2016 61	16. Arbeitsprogramm des Stadtplanungsamtes - Prioritäten bis 2019
----------------	--

Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Zuordnung der Bebauungspläne in die Prioritäten I und II wird zugestimmt. Diese 29 Bebauungspläne sind vorrangig zu bearbeiten.
2. Die anderen Vorhaben wie Verkehrsprojekte, Sanierungsgebiete, Einzelhandelsgutachten etc. mit der Priorität I sind gleichberechtigt neben den Bebauungsplänen vorrangig zu bearbeiten.
3. Der Flächennutzungsplan soll ab 2019 fortgeschrieben werden. Die Neuaufstellung des Landschaftsplanes soll 2019 bereits erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

196/2016 61	17. Bebauungsplan GEWERBEGEBIET RHEINSTRASSE SÜD, 2. Änderung und Erweiterung - Aufstellungsbeschluss - Beratung des Entwurfs - Beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB - Offenlagebeschluss
----------------	--

Der Gemeinderat beschließt:

1. Für das im Bestandsplan umgrenzte Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans GEWERBEGEBIET RHEINSTRASSE SÜD, 2. Änderung beschlossen.
2. Der Entwurf zum Gestaltungsplan wird gebilligt.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt.
4. Auf der Grundlage des Entwurfs wird gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig



- 199/2016  
61
18. Bebauungsplan INDUSTRIEGEBIET-WEST, 4. Änderung und Erweiterung
- Aufstellungsbeschluss
  - Beratung des Entwurfs
  - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Der Gemeinderat beschließt:

1. Für den im beigefügten Übersichtsplan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes INDUSTRIEGEBIET-WEST, 4. Änderung und Erweiterung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfs vom 7.7.2016 wird gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger durchgeführt.
3. Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren geändert werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Städtebaulichen Vertrag zur Kostenübernahme mit dem Vorhabenträger abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

### III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

1. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 27.06.2016
2. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Sport am 27.04.2016

Es werden keine Einwendungen erhoben. Die Niederschriften sind genehmigt.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 29.07.2016

---

Vorsitzender

---

Protokollführung

---

Stadtrat/-rätin

---

Stadtrat/-rätin